

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeordnet. Redaktion: SW. 68, Cindendstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8-5 Uhr

Verleger: Druck-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindendstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Die Sozialisten und Herriot.

Knappe Ablehnungsmehrheit im Parteivorstand.

Paris, 26. November. (WIZ.) Die gestern abend angeordnete Beratung des ständigen Verwaltungsrates der sozialistischen Partei (Parteivorstand) über die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Kabinettsbildung angeht die Beauftragung Herriots hat um 10 Uhr begonnen und war erst um 12,30 zu Ende. Nach einer teilweise sehr lebhaften Debatte wurden zwei Resolutionen eingebracht. Die erste von Grumbach vorgelegte, die der parlamentarischen Fraktion angeht, die außerordentlichen Cräftes der Lage, in der sich das Land befindet, das Recht zuerkennen, Entschlüsse zu fassen, die im wohlverstandenen Interesse des Landes, der Arbeiterschaft und der sozialistischen Partei liegen, wurde mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde die Resolution Brade-Compère Morel-Paul Faure mit 13 gegen 10 Stimmen angenommen. Sie erklärt: Der Entschluß der Kammergruppe, sich an der Regierung zu beteiligen, steht in keinem Widerspruch zu den Beschlüssen des Kongresses. Was die augenblickliche Ministerkrise anlangt, so muß an die Resolution erinnert werden, die der außerordentlichen Kongreß im August angenommen hat, und die ausdrücklich die Beteiligung der sozialistischen Partei an einer von anderen Parteien gebildeten Regierung ablehnt.

Herriot hat eine 48-Stunden-Frist.

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Herriot, der nach den Mißerfolgen Briand und Doumer vom Präsidenten der Republik mit der Bildung des Kabinetts betraut wurde, hat die endgültige Annahme des Auftrags von dem Ergebnis seiner Besprechungen abhängig gemacht, für die er sich eine Frist von 48 Stunden ausbedungen hat. Herriot, der zunächst eine Besprechung mit dem Präsidenten des Senats hatte, berief im Anschluß daran die vier Gruppen des Kartells zusammen und hat sie um ihre Mitwirkung in der Form der aktiven Beteiligung an dem von ihm zu bildenden Kabinett. Für Donnerstag vormittag wurde eine gemeinsame Besprechung über die Richtlinien eines Finanzprogramms vereinbart.

Im Laufe des Abends hatte Herriot eine Beratung von mehrstündiger Dauer mit den Führern der sozialistischen Fraktion, die jedoch ohne Ergebnis geblieben ist, da die sozialistischen

Delegierten auf die Aufforderung Herriots zur Beteiligung an der Regierung noch keine endgültige Antwort geben konnten. Sie erklärten vielmehr, daß die sozialistische Partei in ihrer letzten Entschlußfassung lediglich die zwei Möglichkeiten eines rein sozialistischen Ministeriums oder eines von den Sozialisten gebildeten Kabinetts mit der Beteiligung der anderen Gruppen des Kartells in Aussicht genommen habe, daß es dagegen über die dritte Möglichkeit eines radikalsozialen Ministeriums mit sozialistischer Beteiligung infolge der innerhalb der Partei bestehenden Meinungsverschiedenheiten noch zu keinem Beschlusse gekommen sei. Darüber wird die Fraktion zusammen mit dem Parteivorstand am Donnerstag erneut beraten. Zwischen Herriot und den sozialistischen Delegierten hat sodann ein längerer Meinungsaustausch über die Lösung des finanziellen Problems stattgefunden, wobei Herriot auf die ungewöhnlichen Schwierigkeiten der Lage hingewiesen haben soll, die es unmöglich machen, an das Wert der Sanierung mit den starren Forderungen der Doktrin heranzutreten. Er soll u. a. erklärt haben, daß die Lösung ohne die Unterstützung oder doch wenigstens eine Art Waffenstillstand mit den Banken nicht gelingen könne, da diese die Möglichkeit hätten, die 17 Milliarden kurzfristige Bons, die sie in ihrem Besitz hätten, auf den Markt zu werfen und damit die Maßnahmen der Regierung zu durchkreuzen. Die Sozialisten haben sich ihre Antwort für heute vorbehalten. Doch ist die Hoffnung, daß diese Antwort positiv ausfallen wird, angesichts des oben wiedergegebenen Parteivorstandesbeschlusses nicht allzu groß.

Die Sorge vor dem Faschismus.

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsausschuß des „Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes“ hat in seiner letzten Sitzung eine Entschlußfassung angenommen, in der angesichts der wachsenden Entwicklung der faschistischen Bewegung und der faschistischen Verheerung in einigen Tageszeitungen die Arbeiterklasse Frankreichs vor dieser Bedrohung der öffentlichen Ordnung gewarnt wird. Der Verwaltungsausschuß hat beschlossen, die einzelnen Gewerkschaften sofort über die reaktionären Umtriebe zu unterrichten und sie aufzufordern, die notwendigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Regierung und Locarno.

Erklärungen über die verfassungsrechtliche Seite in der dritten Lesung.

Bei der dritten Lesung der Locarno-Verträge im Reichstag wird die Reichsregierung eingehende Erklärungen zur Frage des angeblich verfassungsändernden Charakters dieser Verträge abgeben lassen. Das Gutachten des Reichsjustizministeriums über diese Frage ist den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses vertraulich zugegangen.

Ob zur Unterzeichnung in London die Teilnehmer der Konferenz von Locarno erscheinen werden, steht noch nicht fest. Sollte die neue französische Regierung bis dahin ernannt sein, wie es nach den neuesten Meldungen scheint, dann dürfte auch Dr. Stresemann zur Unterzeichnung nach London fahren.

Locarno und Sozialdemokratie.

„Ein Opfer für die Sozialistische Internationale.“

Brüssel, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) „Peuple“ bespricht den Beschluß der deutschen Sozialdemokraten, für Locarno zu stimmen und schreibt: „Die deutschen Sozialdemokraten haben im höheren Interesse des Friedens auf innere, parteipolitische Vorurteile verzichtet, um die internationale sozialistische Einheitsfront zugunsten der Locarno-Politik aufrecht zu erhalten. Die Sozialdemokratie hat damit ein schweres Opfer gebracht, das die Internationale voll zu würdigen weiß. Es sei zu hoffen, daß es bei den deutschen Volksmassen eine gleiche Würdigung erfahre, die die selbstlose prinzipielle Haltung der Sozialdemokratie mit der der Deutschnationalen vergleichen können, die aus demagogischen Rücksichten den Frieden gefährden.“

Die Kommunistenverfolgungen in England.

Weitere Verhaftungen — Protestaktion der Arbeiterpartei

London, 26. November. (WIZ.) Wie der „Daily Express“ meldet, sind im Anschluß an die gestrige Verurteilung der 12 englischen Kommunisten weitere 30 Verhaftungen vorgenommen worden. Nach einer Meldung des „Daily Herald“ hat die gestrige Verurteilung bereits zahlreiche Proteste ausgedehnt, was darauf schließen läßt, daß in Arbeiterkreisen eine wachsende Erregung um sich greift. Die konservativen und die meisten liberalen Blätter zeigen sich mit dem Urteil einverstanden. „Daily News“ dagegen glauben dem Innenminister vor weiteren „heiligen Kämpfen“ gegen die Kommunisten warnen zu müssen. Er dürfe sich nicht der Illusion hingeben, auf diesem Wege die kommunistische Bewegung auszurotten; das werde nur zur Geheimbündelerei führen.

Die Arbeiterpartei hat im Unterhaus einen Antrag eingebracht, in dem die Aktion der Regierung gegen die Kommunisten scharf getadelt wird, weil dadurch die traditionelle Rede- und Pressefreiheit verletzt werde. Macdonald hat außerdem einen Aufruf an die liberale Partei erlassen, in dem er sie auffordert, sich der Protestaktion der Arbeiterpartei gegen die konterrevolutionäre Reaktion anzuschließen.

Ein Obstruktionsblock.

Deutschnationalen, Völkische, Kommunisten — gegen den Friedenspakt.

Von Rudolf Breitscheid.

Die Deutschnationalen haben schon vor etwa einer Woche angekündigt, daß sie die Ratifizierung der Locarno-Verträge und die Annahme des Gesetzes über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln zu verhindern suchen werden. Inzwischen sind durch ihre Reden und Anträge diese Mittel bekannt geworden und nicht minder wurde offenbar, daß sich all ihren Bemühungen nicht nur die Völkischen, sondern, was bezeichnend genug ist, auch die Kommunisten anschließen. Allerdings wird auch diese Unterfütterung, zu der noch in dem einen oder anderen Falle die der Wirtschaftlichen Vereinigung oder der Deutschen Volkspartei kommen mag, nicht ausreichen, um die Sabotageabsichten der Nationalisten zu verwirklichen.

Einer der Anträge geht dahin, die in der Vorlage der Regierung zusammengefaßten Beschlüsse über die Abmachungen von Locarno und über den Eintritt in den Völkerbund zu trennen und festzulegen, daß der Reichstag über den Anschluß an den Völkerbund und sich eine besondere Entscheidung vorbehalten. Der Sinn dieses Vorgehens ist erkennbar, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß nach den Beschlüssen von Locarno das Inkrafttreten der Verträge untrennbar mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verbunden ist, d. h. also, daß Locarno einseitig erledigt wäre, wenn der deutschnationale Plan gelänge. Aber er ist aussichtslos, da es für ihn keine Mehrheit im Parlament gibt.

Der zweite Versuch gründet sich auf den Artikel 72 der Reichsverfassung, nach dem bekanntlich die Verkündung eines angenommenen Gesetzes auf zwei Monate ausgesetzt ist, wenn ein Drittel des Reichstags es verlangt. Ueber dieses Drittel verfügen die vereinigten Gegner der Verträge. Aber jener Artikel 72 bestimmt weiter, daß jedes Gesetz durch eine einfache Mehrheit für dringlich erklärt werden kann, und daß dann der Reichspräsident in der Lage ist, seine sofortige Verkündung vorzunehmen. Die Dringlichkeitsklärung wird erfolgen, Herr von Hindenburg wird nach seiner ganzen Haltung gegenüber der mit seinem Einverständnis eingebrachten Regierungsvorlage von seiner Befugnis Gebrauch machen, und also läßt sich auch auf diesem Wege das alsbaldige Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindern.

Ein weiterer Knüttel, der dem Wagen in die Räder geworfen werden soll, sind die Mißtrauensnoten, die die drei genannten Parteien eingebracht haben. Ob man tatsächlich mit der Möglichkeit einer Mehrheit für die Mißtrauensuntergebung rechnet oder gerechnet hat, kann dahingestellt bleiben. In erster Linie kommt es den Antragstellern jedenfalls darauf an, Verwirrung zu stiften. Indessen werden sie auch mit diesem Schachzug nicht sehr weit kommen; denn jeder Mensch wird verstehen, daß die Sozialdemokratie nicht in dem gleichen Atemzuge, in dem sie sich für die Unterzeichnung der Abmachungen entscheidet, die Unterzeichnung durch ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett, dessen Vertreter nach London gehen sollen, unmöglich macht, ganz abgesehen davon, daß es lächerlich wäre, in diesem Zeitpunkt eine Regierung zu stürzen, die ohnehin ihre Demission für die nächsten Tage angekündigt hat.

Endlich aber glauben die Herren noch ein besonders starkes Mittel, wenn nicht zur Verhinderung des zustimmenden Votums, so doch zu seiner Diskreditierung in der Hand zu haben. Sie erklären die Vorlage der Regierung für eine solche, durch die die Verfassung geändert werde und die also einer Zweidrittelmehrheit bedürfe. An sich hat eine derartige einseitige Feststellung keine praktische Bedeutung, da es zunächst bei der Regierung und dem Reichspräsidenten steht, ob ein Gesetz, das mit einfacher Mehrheit angenommen wurde, verkündet wird. Erst wenn sich jemand finden sollte, der auf Grund irgendeines Rechtsstitels die Angelegenheit vor den Staatsgerichtshof bringen könnte, würde vor dieser Instanz die Frage wieder aufgerollt werden, und dort wäre dann auch die letzte Entscheidung zu fällen. Würden sich schließlich sämtliche Parteien des Reichstags oder würde sich auch nur die Mehrheit auf den Standpunkt der Deutschnationalen stellen, so wäre damit ein positiver Beschluß des Parlamentes unter allen Umständen stark entwertet. Zum Glück aber ist keine Majorität vorhanden, die die beiden in Betracht kommenden Gesetze als verfassungsändernd betrachtet.

Es sind nun im wesentlichen zwei Momente, die die Nationalisten und Kommunisten ins Treffen führen. Einmal, so sagen sie, werde ganz allgemein die Souveränität des Deutschen Reichs beeinträchtigt, und zum anderen werde insbesondere das nach der Verfassung dem Reichstag zustehende Recht auf Kriegserklärung aufgehoben oder eingeschränkt. Mit dem Hinweis auf die Beschränkung der Souveränität ist nun verfassungsrechtlich nicht viel anzufangen, denn es gibt keinen Artikel, der besagt, daß eine Verkürzung der Souveränitätsrechte ganz allgemein nur mit einer qualifizierten Mehrheit beschlossen werden könne. Tatsächlich aber lassen Sicherheitspakt und Schiedsverträge sowohl wie die Zugehörigkeit zum Völkerbund die Souveränität der einzelnen Staaten bestehen. Sie schränken das Recht zu ihrer Ausübung vielleicht ein, aber sie tun es nicht mehr als jedes Bündnis, als jedes Handelsabkommen oder jede Abmachung, die sich auf den zwischenstaatlichen Verkehr usw. bezieht. In keinem dieser Fälle aber kann eine Verfassungsänderung angenommen

Mißtrauen gegen das Mißtrauen.

Furcht vor der eigenen Courage bei den Deutschnationalen

Die Partei Hergt-Westarp-Tirpitz ist trotz ihrer äußerlichen Kraftmeierei in einer Lage, daß sich darüber — möge Tirpitz den Ausdruck verzeihen! — „die Balken biegen“ könnten.

Sie haben nicht nur die Absicht, „einstimmig“ mittels Fraktionszwangs das Veritagswort von Locarno abzulehnen, sie haben darüber hinaus auch noch ein Mißtrauensvotum gegen ihre bisherigen Koalitionsgenossen in der Regierung beantragt.

Ueber so viel Mannesmut erschrickt jetzt selbst die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst zu den getreuesten Vertretern deutschnationaler Schaukelpolitik gehört. Sie entdeckt plötzlich, daß man Mißtrauensanträge nur stellen solle, wenn man in offenem Kampfe gegen die Regierung einzutreten und die Regierung selbst zu übernehmen beabsichtige. Beides sei hier aber gar nicht der Fall, und deshalb werde die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des deutschnationalen Mißtrauensantrags „in manchen Kreisen, namentlich in Wirtschaftskreisen bezweifelt“. Man nehme dort an, daß der Mißtrauensantrag gegen das Kabinettskabinett „eine Verschärfung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den bürgerlichen Parteien“ zur Folge habe; woraus die „Deutsche Tageszeitung“ folgert, die Notwendigkeit des Antrags sei „schwerlich zu bejahen“.

Mit anderen Worten heißt das, der Landbund sei über die Entwicklung der Dinge sehr ungehalten, zumal ihm weniger an dem Streit um Locarno als an dem höchst materiellen Einfluß liegt, den er bisher in der Regierung ausüben konnte und den er auch über die Locarno-Abstimmung hinaus retten möchte. Deshalb läßt er abblösel. Bielleicht ist sein Einfluß wirklich so groß, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion kurz vor der Abstimmung ihren Antrag zurückzieht. Sie kann, nach Hergt, bekanntlich auch anders. . . .

Andessen dürfte das nicht ganz glatt vor sich gehen. Denn die alldeutsch-nationale „Deutsche Zeitung“, die schon den einen großen Erfolg buchen kann, die Deutschnationalen aus der Regierung und in die Opposition getrieben zu haben, sucht bereits den zweiten zu erzielen. Sie will nicht nur das Mißtrauen aussprechen lassen. Sie fordert sogar, daß die deutschnationale Fraktion mit ihren 100 Mitgliedern den Antrag stellt, daß Luther, Stresemann und die ganze Regierung wegen Locarno vor dem Staatsgericht angeklagt werden, weil sie „schuldhafterweise die Reichsverfassung verlegt“ hätten!

Das kann im Heerlager der Rumpisten eine sehr kraße Auseinandersetzung geben: die einen möchten das „Mißtrauen“ beseitigen, die anderen es verschärfen durch Klage vor dem Staatsgerichtshof. Wir gratulieren!

Lord Robert Cecil wird England in dem am 3. Dezember in Genf zusammen tretenden Abrüstungsausschuß des Völkerbunds vertreten.

werden und bisher ist auch niemand auf den Gedanken gekommen, eine dahingehende Vermutung auszusprechen.

Was aber die Berufung auf das Recht zur Kriegserklärung anbelangt, so ist hier die Stellung der Parteien, die sich plötzlich mit solchem Eifer schüßend vor die Verfassung stellen, geradezu absurd. Wenn der Artikel 45 der Reichsverfassung dem Reichstag das Recht der Kriegserklärung vorbehält, so ist doch der Sinn nur der, daß im Gegenfall zu früher nicht mehr ein einzelner, sondern die Volkserrettung die Entscheidung darüber treffen soll, ob das Land den Gefahren und dem Elend eines bewaffneten Konfliktes auszuweichen ist. Die Deutschnationalen aber und im schönen Verein mit ihnen die Kommunisten tun so, als ob die Möglichkeit der Kriegserklärung geradezu ein unveräußerliches Menschenrecht der deutschen Nation sei. Sie sehen es also als eine Verletzung der Verfassung an, wenn mit einfacher Mehrheit Verträge mit anderen Staaten geschlossen werden, die die Möglichkeiten und Vorentscheidungen der Kriegserklärung verringern wollen. Ob die kommunistischen Arbeiter mit dieser Art von Ablehnung des Pazifismus einverstanden sind — das zu wissen wäre von hohem Interesse.

Allerdings beruft man sich für seine Stellungnahme ja auch noch auf den Artikel 16 des Völkervertrages. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß sie nach den Zusagen, die ihr auf der Konferenz von Locarno gemacht wurden, unter keinen Umständen zu einer Kriegserklärung gegen einen Dritten genötigt werden kann. Ob diese Auffassung mit dem recht unklaren Wortlaut des Artikels 16 in Einklang zu bringen ist, kann zweifelhaft sein. Aber der Ansicht des deutschen Kabinetts ist von der Gegenseite nicht widersprochen worden. Sie besteht also einstweilen jedenfalls zu Recht und damit entfallen auch die in dieser Beziehung erhobenen Bedenken.

Doch am Ende hat es überhaupt recht wenig Sinn, auf die verfassungs- und völkerrechtlichen Streitfragen im einzelnen einzugehen. Für Deutschnationale, Völkische und Kommunisten ist die rechtliche Seite der Sache vorwiegend. Sie haben ihr juristisches Gewissen entdeckt, um eine Stütze für ihren politischen, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu unternehmenden Vorstoß gegen den Versuch einer Befriedung Europas zu gewinnen.

Mordheher.

Völkische Angriffe auf Stresemann.

München, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Zwischenanschluß des bayerischen Landtages kam heute Ministerpräsident Dr. Held zurück auf die wüsten Beschimpfungen, die der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Buttman am Mittwoch gegen Stresemann ausgesprochen hat. Dr. Held bedauerte diesen Vorfall aufs allerheftigste und gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß auch Stresemann genau wie jeder andere Deutsche nur das Beste für Deutschland will. Auf einen sozialdemokratischen Zwischenruf, daß solche gemeinen Heereien notwendigweise zu dem gleichen Ergebnis führen müßten wie seinerzeit zur Ermordung Erzbergers und Rathenaus, erklärte der nationalsozialistische Abgeordnete und oberpfälzische Bergwerksdirektor Wagner mit zorniger Kollektivität wörtlich: „Ich könnte es verstehen, wenn ein ausgewiesener Fach-Dozent der Stresemann über den Haufen schleihen würde.“ Diese freche Mordheerief selbstverständlich bei allen Parteien eine außerordentliche Erregung hervor mit Ausnahme der Völkischen und der Deutschnationalen, die sich mäuschenstill verhielten. Besonders die sozialdemokratischen Abgeordneten ließen ihrer Erregung und Empörung freien Lauf und ließen sich auch nicht durch die Glücke des Vorsitzenden abhalten, die verbrecherische Bestimmung der Nationalsozialisten zu brandmarken. Der Vorsitzende selbst wies den nationalsozialistischen Wagner aufs schärfste zurecht und der Ministerpräsident erklärte unter allgemeinem Beifall, daß solche schmähsüchtigen Worte direkt zu Verbrechen führen und daß sie deshalb nicht scharf genug verurteilt werden können.

Der russische Außenminister Tschicherin ist am Donnerstag früh in Paris eingetroffen.

Das Gewissen Polens.

Stephan Jeromskis soziales Lebenswerk.

Es ist merkwürdig, wie wenig man über die polnische Literatur weiß. Sogar man im Ausland: polnische Literatur, so meint man: Sienkiewicz und der besonders orientierte nennt jüngst noch: Remont, den Nobelpreisträger.

Der Schriftsteller Jeromski, der in diesen Tagen unter großen Feierlichkeiten zu Grabe getragen wurde, war kein offizieller Nobelpreisträger. Seine Werke waren für ein Volk bestimmt. Das dies und jenes Wert den Weg ins Ausland fand, lag am großen internationalen Wert seiner Ideen. Er war eigentlich ein ausgesprochen nationaler Schriftsteller. National im besten, edelsten Sinne des Wortes. Er ging immer vom Nationalen aus und kam auf dem Umwege über die Seele des Menschen zum Sozialen. In all seinen Werken sehen wir hinter dem Blau des Himmels das schadenstrotzige Gesicht des Unglücks auftauchen. Schatten interessierten ihn mehr als Licht, denn sie sind viel nuancierter, Licht blendet. Schatten zwingen zum Denken, zum Untersuchen. Selbst, mit welcher Unergründlichkeit Jeromski die Sonne seiner unerbittlichen Augen in die tiefsten Tiefen der polnischen Seele vertieft hatte, und es ist ihm bitterer Schmerz, daß die Prüfung nicht immer die schönsten menschlichen Regungen zeigt. (Den andern ist es ein Verbrechen an der Nation.) Niemand in der polnischen Literatur vor ihm konnte aber auch so plastisch und scharf die seelischen Vorgänge schildern.

Jeromskis Themen waren höchst aktuell. Es gab keine Seite des modernen Lebens, auch keine Katastrophe der polnischen Vergangenheit, der er nicht aktuelle Probleme abgelauscht hätte. So kam es, daß seine historischen Romane, die für ihn selbst psychologisch eine Flucht aus dem Heute bedeuten sollten, sich mitten in der heutigen Zeit abspielten. Wenn er die Tragik eines Heimen schildert, so ist es der Kampf einer Individualität um das eigene Leben, gegen den Staat, gegen die Gesellschaft. Wenn er die Laufende der napoleonischen Truppen am Genius des Krieges vorbeiziehen läßt, ist es das ewige Drama der Macht und der Opfer. Jeromski hat ein neues Polen erfunden und seine Wiedergeburt auch erlebt; doch genügte ihm die reale Form des Seins nicht. Er schuf ein Ideal, an dem er das Vorhandene immer und immer wieder gemessen hatte. Als der Staat Wirklichkeit wurde, überdiente Politik die große kulturelle Mission des Landes, die Jeromski gepredigt hatte. Was er wollte, war das Erwecken des republikanischen Geistes. So schreibt er in seinem Werte: „Enobismus und Fortschritt“, das vor einigen Jahren erschienen ist: „Gesegnet der ewige unerschöpfliche Fortschritt, der vor nichts zurückweicht, der genau weiß, wohin ihn seine Wege führen — Er stößt niemand herab, verurteilt niemand zum Leben in Dunkelheit, — wo das Blut von tausenden von Opfern, — öffnet weit und breit allen dieselbe Berufung. Der Fortschritt ist, wie Licht, das ewig vorwärts läuft, und wie eine Gerade, die in ihrem Wurf unaufhaltsam, nie und nirgends ein Ende findet.“

Die Worte wurden nur von einem geringen Teil verstanden. Die andern hörten nur die Worte eines Dichters, denen man keine reale Gestalt zu verleihen brauchte. Es war die Tragik dieses Mannes, daß man seine Worte, Ideen, sozialen Träume nur als

Bundesgenossen der Deutschnationalen.

Uns wird geschrieben:

Das Bezirkssekretariat der Kommunistischen Partei für Berlin-Brandenburg hatte unserer Organisation die Listenverbindung zur Sammlung der Reststimmen angeboten. Wir haben dieses Angebot abgelehnt mit der Begründung, daß es absolut unehrlich ist, und entsprechenden Beweis dafür erbracht. Wir sind heute in der Lage, erneut eine Manifestation der KPD zu registrieren, die sich am Sonntag, den 22. November, in einer Nachmittagsversammlung in Markgrafpleße, Kreis Beeskow, abgespielt hat. Dort sprach im Lokal „Zur Lanne“ in einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen öffentlichen Wählerversammlung der Genosse Landtagsabgeordneter Emil Klotz. In der Diskussion trat ihm der an der zweiten Stelle des kommunistischen Kreiswahlvorschlages stehende Kommunist Waldemar Bressen aus Rauen entgegen. In seiner Diskussion prägte er folgenden Satz:

„Wer nicht kommunistisch wählt, wähle deutschnational.“

Es hätte nicht erst dieses Ausspruchs bedurft, um uns zur nicht möglich ist. Wir haben obige Aussprüche schon in früheren Ueberzeugungen zu bringen, daß mit der KPD. positive Arbeit einfach Wahlkämpfen aus kommunistischem Munde wiederholt gehört. Die KPD. bleibt, was sie ist: Unehrlich in der Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes.

Bezirksverband Brandenburg.

Abbau von 40 000 Reichsbahnbeamten?

Der Reichstag einmütig gegen den Abbau.

In der heutigen Sitzung des 24. Ausschusses des Reichstages wurde über eine Besprechung Bericht erstattet, die gestern zwischen dem Unterausschuß dieses Reichstagsausschusses und der Reichsbahngesellschaft stattgefunden hat. Danach hat die Reichsbahngesellschaft erklärt, weitere 40 000 Reichsbahnbeamte abzubauen zu müssen, und zwar in denjenigen Bezirken, die bisher vom Abbau nicht betroffen worden sind. Die Reichsbahngesellschaft gab ferner bekannt, daß sie bereit sei, die in das Arbeiterverhältnis übergeführten Beamten in erster Linie wieder als Beamte einzustellen. Bisher seien 8412 Beamte übergeführt worden und es würden noch 3100 Beamte folgen. Auf Drängen des Unterausschusses erklärte sich die Reichsbahnverwaltung weiter bereit, durch Ausgleichszahlungen für den Fall der Invalidität diesen Beamten diejenige Pension zu sichern, die sie im Augenblick ihrer Ueberführung ins Arbeiterverhältnis verdient hätten. Allerdings müßten hierauf die Leistungen der Arbeiter-Pensionskasse — sowohl Abteilung A als auch Abteilung B — angerechnet werden. Es kam weiter zur Sprache, daß die Reichspost von den ihr angebotenen 1500 Reichsbahnbeamten nur 788 übernehmen wolle. Sehr belastet sei die Reichsbahn durch das Wartegeld für die abgebauten 50 000 Beamten der früheren Reichsbahn. Es sei notwendig dafür zu sorgen, daß diese verpflichtet werden, nötigenfalls auch in den Dienst der Reichsbahngesellschaft zu treten. Die Aussprache im Reichstagsausschuß ergab, daß die Erklärungen der Reichsbahn sehr unbefriedigend seien. Zwar sei man bereit, hinsichtlich der Wartestandsbeamten entgegenzukommen, jedoch müsse der Personalabbau für beendet erklärt werden. Auch sei es notwendig, den in das Arbeiterverhältnis übergeführten Beamten die erwähnte Pension zu sichern. Der Ausschuß nahm folgende von sämtlichen Parteien gezeichnete Entschlieung einstimmig an: erstens die Reichsregierung zu ersuchen, unermüßlich auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft einzuwirken, daß der Personalabbau bei der Reichsbahn für beendet erklärt wird. Diese Entschlieung soll sofort vom Plenum des Reichstages verabschiedet werden. Zweitens die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Reichsbahngesellschaft einzuwirken, daß die Pensionsverhältnisse der in das Arbeiterverhältnis übergeführten Beamten den Pensionsverhältnissen der Reichsbahnbeamten gleichzustellen sind. Diese Entschlieung kommt mit dem großen Bericht des Ausschusses an das Plenum und dürfte bei der dritten Lesung des Berichterstatters behandelt werden.

Worte eines Dichters genommen hat, statt sie, die das Ergebnis der Forschungen in den geheimsten Tiefen der polnischen Seele waren, zu besorgen. Es ist ihm aber dennoch ein großer Triumph nach dem Tode zuteil geworden: nämlich die Weigerung des polnischen Kultusministers Grabsti, dem „Demagogen, der die Seele des Volkes vergiftet hat“, ein Begräbnis auf Staatskosten zu bewilligen.

In diesen Worten lag eine Anerkennung der Wirkung von Jeromskis Lehre, die seine Gegner sogar bis zur Verfolgung übers Grab hinaus zwang. Mit Stephan Jeromski ist ein Vorkämpfer der internationalen Verständigung und Verbrüderung zu Grabe gegangen.

„Wann stellt ihr, o Soldaten, die Arbeit endlich ein!“ Im Bürgeraal des Berliner Rathauses las Alfred Beierle die Novelle „Die Gewissensqual“ von Strindberg. Warum war der Saal nicht bis auf den letzten Platz gefüllt, warum konnte nicht ganz Berlin, ach am besten die ganze Menschheit sich wieder einmal aufrütteln lassen? Das Herwegh-Wort „Wann stellt ihr, o Soldaten, die Arbeit endlich ein“ war das Motto des Abends. Aber alle Antikriegsgebilde, die Beierle vor der Novelle las, verblühten vor der Kraft des Strindberg-Wortes. Rein: vor der Kraft der Parallele, die sich entrollte. Dieser Offizier, der im Kriege 1870/71 drei Feindkugeln erschießen läßt, hat ein sehr hartes Gewissen. Das Menschenblut verfließt ihm, buchstäblich, an den Schuhen, die er wegschleudert, an den Sohlen der Strümpfe, an der Zehne, an den Fußstapfen im Zimmer, bis er wahnsinnig wird. Die Führer des glorreichen Krieges hatten stärkere Nerven. Barbusse hat ein Buch geschrieben, „Feuer“. Hat man es schon vergessen? Ich würde die Erinnerung daran den ganzen Abend nicht los. Gerade weil diese „harmlose“ Angelegenheit, von Beierle erschütternd gestaltet, schon ein so unerträgliches Grauen ausströmte. Aber jenes — wie konnten Menschen es ertragen, wie konnten Führer darum wissen und lächeln und feste feiern und jetzt im Dunkel verborgen wie giftiges Gewürm kühlen zu neuen Kriegen, neuen Massenmorden. „In weichen Busen laßt sie gehen wie Schlächter mit blutigen Beisen in der Hand, voran statt der heiteren Rüstung eine Schar heulender Menschen, die Kriegstrümpel des letzten Krieges vielfach.“ — Wann stellt ihr, o Soldaten, die Arbeit endlich ein!

Japanische Kirschblüte in London. Die Londoner Stadtverwaltung hat soeben mit der Direktion der öffentlichen Anlagen von Tokio ein Abkommen getroffen, von dem man erwartet, daß es in seinen Auswirkungen den Zauber der berühmten japanischen Kirschblüte nach London verpflanzen wird. Dem Abkommen zufolge werden zunächst verpflanzt werden hunderte japanische Kirschbäume der Gattung „prunus Yedoensis“, die die schönsten Blüten zeitigt, von Tokio nach London übergeführt und dort neu eingepflanzt werden. Gleichzeitig werden je zwanzig Exemplare von fünf japanischen Eichenarten nebst Stecklingen und Samen von verschiedenen anderen japanischen Bäumen und Sträuchern nach London gebracht werden. Umgekehrt liefert London nach Tokio hundert britische Eichenbäume sowie eine den japanischen Sendungen entsprechende Anzahl anderer Bäume, die für England typisch sind. Man erwartet, daß sich die in die Fremde verpflanzten Bäume und Sträucher hier wie dort schnell akklimatisieren und gut gedeihen werden.

Die „unpolitischen“ Wehrvereine.

Und die „unpolitische“ Reichswehr.

Die Disgruppe Berlin-Friedenau des Deutschen Wehrvereins veranstaltete gestern abend im Bürgeraal des Friedenauer Rathauses einen Vortragsabend über das Thema „Volk und Reichswehr“. Redner war der ehemalige Generalleutnant Sawaric, und es sei gern konstatiert, daß das, was er über Aufbau, Wesen und Arbeit der Reichswehr sagte, sachlich gewesen ist. Unter anderem betonte er wiederholt, daß die Reichswehr ein unpolitisches Instrument in der Hand des Staates sein müsse.

Seine Ausführungen umrahmte er mit ebenso wirren wie tendenziösen und parteipolitisch, d. h. völkisch gefärbten Darlegungen über oder vielmehr gegen den Vertrag von Locarno! Diese höchst politische Meinungsäußerung würzte der Vortragende weiterhin mit dauernder Berächtlichmachung der deutschen Regierung und ihrer Vertreter in Locarno, wobei er es als besonders beanstandenswert bezeichnete, daß man bei den Verhandlungen nicht militärische Sachverständige hinzugezogen hätte. Das alles und noch viel mehr redete der Herr Generalleutnant, obwohl sich die Reichswehrkapelle des dritten Bataillons des IX. Preussischen Infanterieregiments an der Aufstellung des Abends durch Spielen einer Reihe von Militärmärschen offiziell beteiligte. So sehen die „unpolitischen“ Wehrvereine aus, während die Reichswehrstellen das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ als politisch betrachten und behandeln, nur, weil es verfassungstreu ist.

Jeder Tag bringt einen neuen Beweis dafür, daß Herr Gehle mit seiner „Entpolitisierung der Reichswehr“ möglich Schiffsbruch erlitten hat.

Der Richter als Angeklagter.

Darf ein Richter straflos schimpfen.

Die Braunschweiger Justiz, die sich in jüngster Zeit durch den Stöbel-Prozess wieder in ganz Deutschland eine gewisse „Berühmtheit“ erworben hat, wird in nächster Zeit Gelegenheit bekommen, über einen der Ihren, dem Amtsgerichtsrat Dr. Giesecke, ein Urteil zu fällen. Dieser Amtsgerichtsrat fungierte vor einiger Zeit als Vorsitzender in einem Beleidigungsprozess des bekannten Stahlhelmführers Uhlenhaut gegen einen Redakteur unseres Braunschweiger Parteiblattes und erlaubte sich dabei die Bemerkung, das Verhalten der „Volksheld“-Redakteure grenze an Pressepiraterie. In der schriftlichen Urteilsbegründung heißt es, die „Volksheld“-Redakteure zögen mit Vorliebe patriotisch geinante Männer durch den Dreck!

Wegen dieser offenkundig gemollten Beleidigung hat die Gesamtdirektion des Braunschweiger „Volksheld“ Klage gegen den Richter erhoben, der auf einen Offenen Brief und die wiederholte Aufforderung, für seinen Angriff Beweise zu erbringen, nicht antwortete. Als vor zwei Jahren ein Major a. D. sozialdemokratische Plakate abtrieb, die sich gegen die nationalen Kriegsbeher wandten, wurde er von den Richtern mit der Begründung freigesprochen, er habe in „Ehrennotwehr“ gehandelt, weil er sich als ehemaliger Offizier verletzt fühlen mußte. Man darf gespannt sein, ob die Richter für das Ehrgefühl sozialdemokratischer Redakteure auch soviel Verständnis aufbringen werden.

In der Prozesssache Gebr. Himmelsbach kontra Otto Fernbach, dem Herausgeber des „Holmarth“, war eine einstweilige Verfügung ergangen, nach der es Fernbach untersagt wurde, Angriffe gegen die Firma, ihrer Aufsichtsräte und Angestellten wegen der Holzschläge während der Ruhrgebietbesetzung zu wiederholen. Wegen diese einstweilige Verfügung hatte Fernbach Einspruch beim Landgericht I, Berlin, eingelegt. Dieser Einspruch ist gestern verworfen worden.

Der ägyptische Premierminister Zimar Pascha ist gestorben. Das werden die Unabhängigkeitsagitatoren gewiß als Strafe Gottes ausnützen.

Die estnische Regierung ist zurückgetreten, nachdem von 100 Abgeordneten nur 31 für ein Vertrauensvotum gestimmt hatten.

Der Wiederaufbau von Damaskus. Damaskus, zweifellos eine der ältesten, noch heute bewohnten Städte der Welt, ist von schweren Verwüstungen durch das französische Bombardement heimgejagt worden, aber die ewige Jugend- und Lebenskraft, die diese Stadt in ihrer ganzen Jahrtausende alten Geschichte bewiesen, zeigt sich auch jetzt wieder in dem überraschend schnellen Aufbau der verwüsteten Gebiete. „Von den frühesten Zeiten an,“ so schreibt ein englischer Berichterstatter in Syrien, Dalton Newman, „war Damaskus der Schauplatz der Verwüstungen und Wüstenbildungen; unzählige Male sind seine Gebäude dem Erdboden gleich gemacht worden, aber dank der ungeborenen Erneuerungsfähigkeit dieser Stadt ist stets neues Leben aus den Ruinen erblüht. Damaskus ist eine Stadt ewiger Jugend: sie ist der Garten der Wüste und ihre Lage einzigartig in der Welt des Orients. Tausende von Jahren haben die Wässer von Damaskus den Millionen Erfrischung geboten, die von der Hitze der syrischen Sonne ausgehört waren, und seine kühlen schattigen Gärten haben immer laute Früchte getragen, die den Ermatteten Labung darreichen. Es hat den Fall und die Erhebung von Königen und Kassen gesehen, von Dynastien, die die Welt eroberten, und hat sie alle überlebt. Das Leben der Stadt ändert sich niemals. Die Karawanen kommen und gehen. Diefelbe malerische bunt durchgemerzte Menge von Beduinen und Türken, Persern und Armeniern, Arabern, Juden, Christen und Negern durchwogt die geschäftigen Basare wie ehedem, und noch immer sind diese Kaufleute voll von den Wundern des Orients. Unablässig ist das Summen in den engen, von Menschen wimmelnden Straßen, die von malerischen Toren und weiten Höfen umrahmt sind. Die ständige Zerlebung hat daran nicht viel ändern können. Nur wenige Tage trat eine Pause in der heberhaften Tätigkeit dieses größten Marktes des Ostens ein, und die Basare lagen in stillsamem Schweigen. Jetzt kehrt Damaskus zu seinem alten Leben zurück. Die Bewohner arbeiten eifrig an der Wiederherstellung ihrer beschädigten Häuser. Jeden Tag sieht man weniger von den Verwüstungen, das Gepolper der schmerzenden Menge wird lauter und lebhafter klingen die Hämmer der Arbeiter. Das leise Klingeln der Kamelgloden wird wieder vernehmbar, obwohl sich die großen Karawanen noch nicht auf die offene Straße wagen.“

Die zweite Tansmanee der Volkshöhle findet am Sonntag, den 13. Dezember, im Theater am Blomplatz statt. Sie wird Vorstellungen dreier Engländer bringen, und zwar werden dafür Harald Krenschberg von der Berliner Staatsoper, Kurt Koch vom Stadttheater in Münster und Julian Nigo vom Stadttheater in Gera verpflichtet. Karten zum Preise von 1.— in der Geschäftsstelle der Volkshöhle, Lindenstr. 27 und Adolphplatz 7, in der Volksbühnenbuchhandlung und an den Reichlichen Theaterstellen.

In der Volkshöhle wird Dr. S. Baum, Fejornet für Kunst im Volkshöhle, am Sonntag, den 22. November, 10 bis 11 Uhr, Vortrag über Feuerbach, Kugel, Boecklin und Thoma halten.

Orgelfest im Dom. Das nächste Orgelfest von Prof. Walter Fischer findet heute, 8 Uhr, im Dom statt. Programm zu 50 Pf. berechnigt zum Eintritt.

Die Großbrüder des Enselmgesellschaften Vereine veranstalten am Sonntag, den 24. vor. 10—11 Uhr, eine Ausstellung in der Aula der 92. Gemeindefschule, Winterfeldstr. 16 (am Rollenborsplatz), zu der Gäste aus allen Kreisen willkommen sind.

Die ungefehlliche Aktenbeschlagnahme.

Im Prozeß gegen den früheren braunschweigischen Landeshauptmann Stoeckel hat das Verfahren des Schöffengerichts in den weitesten Kreisen Aufsehen erregt, das die Beschlagnahme der Akten des Verteidigers verfügte. Der Verteidiger hatte aus seinen Handakten dem Ankläger Kenntnis von dem Inhalt gegeben. Der Antrag des Staatsanwalts und der Beschluß des Gerichts bedeuten einen Verstoß gegen Gesetz und Recht von ganz ungewöhnlicher Schwere. Nach § 147 der Strafprozeßordnung hat der Verteidiger das Recht der Akteneinsichtnahme, und auf Grund dieses Rechtes kann er sich Auszüge oder Abschriften für seine Handakten anfertigen. Selbstverständlich ist er berechtigt, ihm seinem Klienten über den Inhalt dieser Akten zu verhandeln, ihm Einsicht zu gewähren und ihm natürlich auch seine Abschrift zur Verfügung zu stellen.

Jetzt wird in Berlin ein neuer Fall von Aktenbeschlagnahme gemeldet, über den wir bereits kurz berichtet haben. Rechtsanwalt Mendel, bei dem die widerrechtliche Aktenbeschlagnahme stattfand, legte sich mit dem Untersuchungsrichter Dr. Kraemer in Verbindung und wies ihm auf § 97 der Strafprozeßordnung hin, wonach Rechtsanwältin und Verteidiger, die das Recht der Zeugniserweiterung haben, zur Herausgabe der Akten nicht verpflichtet sind. Daraufhin gab der Untersuchungsrichter um 5 Uhr nachmittags die Akten dem Verteidiger zurück mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß er keine Einsicht in sie genommen und auch keine Abschrift gemacht habe.

In diesem Einzelfall ist also der Uebergang des Untersuchungsrichters wieder rückgängig gemacht worden. Trotzdem zeigen alle diese Vorfälle überall die gleiche Tendenz. Die Justizbehörden entwickeln eine Neigung zu Uebergriffen und zu Ungefehllichkeiten, die das Vertrauen in die Rechtspflege immer weiter erschüttern müssen. Gegen diese Entwicklung der Justiz, gegen die ganz offenbare politische Beeinflussung der Rechtsprechung, die zu den ungeheuerlichsten Urteilen in den Ländern führt, wo völkisch und deutschnational beeinflusste Landesregierungen am Ruder sind, muß nicht nur entschiedener Protest eingelegt werden. Proteste haben wir genug gehört. Es wird Zeit, daß endlich einmal den Justizbehörden so gründlich Bescheid gesagt wird, daß ihnen ein für alle Male die Lust zu solchen Uebergriffen vergeht. Es ist überhaupt auf die Dauer ein unerträgliches Zustand, daß in Deutschland zweierlei Recht herrscht, je nachdem die eine Landesregierung gerade gefaßt ist und die Staatsanwältin vor den Wagen ihrer politischen Sonderinteressen spannt. Es wäre an der Zeit, die Justizverwaltung dem Reiche zu übertragen und durch energische Reformen ein einheitliches Recht in ganz Deutschland zu schaffen. So wie bisher geht es auf keinen Fall weiter.

Ein Winter der Not.

Die Erwerbslosigkeit nimmt in Berlin in erschreckendem Maße zu. Die von dem Statistischen Amt wöchentlich mitgeteilten Zahlen enthüllen ein ungeheures Maß von Elend und Not. Dieser Winter mit seiner hereinbrechenden Wirtschaftskrise, mit Hunger und Elend bei Tausenden und aber Tausenden wird ein furchtbarer, ein harter Winter werden. Die Wirtschaftspolitik unserer höchst sachverständigen Reichsregierung trägt ihre Früchte. Die Not unserer Volks- und Klassenangehörigen zwingt uns, unter allen Umständen Mittel und Wege zur Abhilfe zu suchen. Heute tritt die Berliner Stadtoverordnetenversammlung zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In dieser Sitzung sollen in erster Linie die Wahlen für das Präsidium und die endgültige Konstituierung der Versammlung vorgenommen werden. Wir hoffen aber, daß es außerdem nötig sein wird, schon praktische Arbeit zu leisten. Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Unterzeichneter beantragen, die Stadtoverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu beauftragen, der Stadtoverordnetenversammlung umgehend eine Vorlage zu unterbreiten, worin für alle Bedürftigen ausreichende Mittel zur Unterbreitung bereitgestellt werden:

Diese Beihilfen sind in Lebensmittel, Brennstoffe, Bekleidungsgegenstände oder in bar zu gewähren.

Die Versammlung ersucht den Magistrat, Mittel zur Verfügung zu stellen, die es ermöglichen, auch die ausgesteuerten Erwerbslosen bei den in nächster Nähe in Aussicht zu nehmenden Volkswirtschaften zu beschäftigen. Darüber hinaus ersucht die Versammlung den Magistrat, bei Reich und Staat dahin zu wirken, daß

1. die Ankerstützungen erhöht werden,
2. die Bedürfnistekstauslast beseitigt,
3. die Kurzarbeiterunterstützung wieder eingeführt wird,
4. bei Volkswirtschaften die Tariflöhne zu zahlen sind.

Ferner ersucht die Versammlung den Magistrat, bei Reich und Staat darauf zu dringen, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alle geplanten Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen und begonnene Arbeiten weitergeführt werden.“

Außerdem liegt ein kommunistischer Antrag vor, der die gleiche Materie behandelt. Nach der Geschäftsordnung ist zur sofortigen Erledigung dieser Anträge eine Umstellung der Tagesordnung notwendig, die nur mit Zweidrittelmajorität erfolgen kann. Die sozialdemokratischen Vertreter werden im Verstecktesten versuchen, die Zustimmung anderer Parteien dazu zu gewinnen, daß diese Anträge sofort behandelt werden können. Dann könnte noch heute ein Auspruch gewählt werden, der gemeinsam mit dem Magistrat diese Anträge berät und gangbare Wege zur Beseitigung wenigstens der schlimmsten Not vor schlägt. Es könnte denn schon der nächsten Stadtoverordnetenversammlung ein Bericht erstattet und Beschluß gefaßt werden, zu dem nur noch die Zustimmung des Magistrats erforderlich wäre. Den Erwerbslosen wäre jedenfalls mit einer solchen Lösung am meisten gedient. Die sozialdemokratische Fraktion wird jedenfalls alles tun, was in ihrer Kraft steht, um dieses Ziel zu erreichen.

Eispalast-Eröffnung.

Wen der Sportpalast in der Potsdamer Straße, die alte Stätte erregender Kämpfe, ist jetzt wieder Eisarena geworden. Nach langen Jahren hat Berlin wieder einmal eine Eislaufbahn, die nicht von den Launen der Witterung abhängig ist. Oskar Kaufmann, der Theaterbaumeister, hat das hübsche Bild der alten Kiezhalle aus Beton und Eisen, in eine neue Form gebracht. Hier geben das Vestibül, vom Weich der Eisfläche steigt es zum Creme der Logenbrüllungen und zum Gold des Ersten Ranges auf. Den zweiten Rang, auf den bei Bornerveranstaltungen und Radrennen Berlins sportverliebteste Zuschauer sitzen, verhüllen grünblaue Vorhänge mit silberglänzenden Arabesken. Die Farbengestaltung der Decke, die in unregelmäßigen Quadraten und Rechtecken alle Nuancen des Rot, das schließlich in lattes Gelb übergeht, zeigt, ist besonders gelungen. Vier schön gefaltene Treppen stellen die Verbindung vom Erdgeschoss zum ersten Rang her und bringen Linie in das starre Geos der Arena. Im ersten Rang ist eine Arkadenreihe geschaffen worden, die den Wandelgang von den Tribünen absondert und den ungeheuren Raum in sich gestaltet. Die Eisbahn von 78 Meter Länge und 32 Meter Breite ist mit Eren rund 2250 Quadratmetern Fläche die größte Halle in Europa. Die Eisfläche wird unter Aufsicht der Kälte von unten gebildet. Die Kältezufuhr geschieht durch rund 25 Kilometer Strohrohre, die nahtlos gezogen und verschweißt sind. Sie

Die Autorevue am Kaiserdamm.

Heute vormittag Eröffnung. — Auf dem Wege zum Volksauto?

Heute vormittag 11¼ Uhr wurde die Deutsche Automobil Ausstellung in Gegenwart des Reichspräsidenten und von Vertretern der Regierung und städtischen Behörden eröffnet. Die alte Autohalle war überfüllt. Geheimrat von Opel hielt die Eröffnungsrede: Die Ausstellung solle vor allem zeigen, was die deutsche Automobilindustrie leisten könne, gerade heute sei dies notwendig, da Deutschland in Gefahr schwebte, von ausländischen Fabriken, besonders von amerikanischen, überschwemmt zu werden. Nach Abschluss der Deutschlandrede erfolgte eine kurze Besichtigung der Ausstellung. — Wertvoll war es, daß das Ausstellungsgebäude keine schwarz-rot-goldene Fahne zeigte. In anderen Ländern ist es üblich, beim Besuch des Staatsoberhauptes die Nationalflagge aufzuziehen.

In allen drei Hallen des Berliner Messegeländes am Kaiserdamm ist eine Unzahl Aussteller bestrebt, dem Besucher, vor allem natürlich dem Käufer und Interessenten, die Waren, angefangen vom geringsten Zubehörtel bis zum fahrfertigen Wagen, in möglichst günstigem Lichte zu zeigen. Die alte Halle beherbergt die Personwagen. Das Gesamtbild dieses riesigen Raumes ist der bei allen Automobil ausstellungen gewohnte, wenn sich auch die Leitung Mühe gegeben hat, ein einheitliches Gepräge herbeizuführen. Natürlich ist es jedem Aussteller unbenommen geblieben, seinen persönlichen Geschmack bei der Dekoration und der Anordnung des Gutes auf seinem Stand zum Ausdruck zu bringen. Was vor allem sofort auffällt und was schon früher hier gesagt wurde: Unsere Industrie scheint auf dem Wege zu sein, die früher gezeigte, verdammernde Rolle in der Unternehmlichkeit der Formgebung und bei den Motortypen aufzugeben, zugunsten einer Vereinheitlichung der Modelle. Wo früher 6, 8, 10 besondere Wagenarten zu sehen waren, tritt heute der Normaltyp des Stadtwagens in die Erscheinung, der höchstens noch durch einen größeren, feineren Reisewagen ergänzt wird. Die Industrie gibt sich Mühe, nach amerikanischem Muster in Serienherstellung zu fabrizieren, um Herstellungslosten und damit auch Verkaufspreise möglichst zu drücken. Form und gutes Aussehen der Wagen haben dabei bestimmt nicht gelitten; auch die Lebensdauer von Chassis, Karosserie und Motor dürfte bei der Gründlichkeit und der Solidität, mit der der Deutsche zu arbeiten und zu fabrizieren gewohnt ist, nicht beschränkt werden.

Neues bieten die Firmen kaum. Man hat sich im allgemeinen darauf beschränkt, Mängel, die sich im Gebrauch ergaben, abzustellen und im übrigen die Handarbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen. Dabei ist das Bestreben unverkennbar, einen kleinen, leichten, guten und möglichst billigen Gebrauchswagen herzustellen. Die schweren Reise- und Luxuswagen sind nur vereinzelt zu sehen; sie halten bei der für sie in

liegen unter dem Eis in Eis eingebettet. In diesen Rohren zirkuliert die Kältemischung, eine gewöhnliche Salzlösung, die nicht verbraucht und durch die Kältemaschinenanlage ständig abgefüllt wird.

Das reichhaltige Programm bei der gefrigen Eröffnungsfeier stellte der Berliner Schlittschuhklub. Es gab einen anschaulichen Ueberblick über die vielen sportlichen Möglichkeiten. Unter den Damen und Herren, die teils in Einzelleistungen, teils im Kunstlaufen zu Paaren und in geschlossenen Reihen auftraten, bemerkte man u. a. die Weltmeisterin Frau Brodskist und den Weltmeister Werner Kitzberger. Das Programm fand einen wirksamen Abschluß durch ein Schnelllaufen mit neun Bahnerrunden und einem Eishockeywettkampf zwischen den Mannschaften des Sportklubs Riechsee (blauweiß) und des Berliner Schlittschuhklubs (schwarzweiß).

Einsturz dreier Funktürme.

In der vergangenen Sturmnacht stürzten die drei neuerbauten Funktürme der Funkstation Norddeich um. Die Türme hatten eine Höhe von je 150 Meter. Der Sachschaden ist groß. Menschenleben sind nicht verunglückt.

Unwetter im Westen.

Schwere Schäden in England und auf dem Festland.

Seit Mittwoch wütet in der Nordsee, im Kermellkanal und an der Südküste Englands ein heftiger Sturm. Zahlreiche Schiffe haben sich in den Hafen geflüchtet. Der amtliche Lloyd berichtet, daß 15 seiner Dampfer drahtlose Hilferufe entsandt hätten. 15 Segelschiffe werden bereits vermisst. In Rotterdam sind 5 Dampfer von der Veräuerung gerissen und führerlos auf die hohe See hinausgetrieben worden. Ein ehemaliges deutsches Kriegsschiff, das man bei Scapa Flow wieder festgemacht hatte, wurde losgerissen und ist an einem Felsen bei Fraserburgh bei Schottland zerschellt. Es scheint, daß sich keine Mannschaften an Bord befanden.

Amsterdam, 26. November. (W.B.) Der Sturm, der Mittwoch nachmittag einsetzte und bis in die Nacht hinein andauerte, hat in zahlreichen Orten Westholands starke Schäden angerichtet. Im Amsterdamer Hafen sind vierzehn Schleppfähren mit ihrer Ladung gesunken. In zahlreichen Orten wurden auch Personen durch herabfallende Ziegel und Schornsteine oder stürzende Bäume verletzt. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Zuider-See. Der von Rotterdam nach Zwolle unterwegs befindliche Schleppdampfer Noverheid I ist auf der Höhe von Reeth gesunken. Vier Mann der Besatzung werden vermisst, sie sind wahrscheinlich ertrunken.

Riel, 26. November. (W.B.) Der Mittwochabend über Schleswig-Holstein hinweggezogene böige Nordweststurm, der zum Teil auch starke Schneestürme im Gefolge hatte, hat mannigfache Verkehrsstörungen herbeigeführt. Auf der Eisenbahnstrecke Riel-Eckernförde wurden an mehreren Stellen die Telegraphenleitungen umgeweht und mit samt den Drähten auf die Schienen geworfen. Der Abends 11,15 Uhr von Riel nach Eckernförde abgehende Personenzug blieb in der Nähe von Reumitteln auf freier Strecke liegen. Auch einige Güterzüge mußten die Fahrt unterbrechen. Von Riel aus sind noch in der Nacht Hilfsabteilungen von Telegraphenarbeitern zur Beseitigung der Hindernisse abgegangen.

Köln, 26. November. (W.B.) Am Mittwochabend setzte ein heftiger Schneesturm bei einem Grad Kälte ein. Der Schnee liegt bis 5 Zentimeter hoch.

Freiburg (Breisgau), 26. November. Im Breisgau, im Schwarzwald und in der Rheinebene hält ein großer Schneesturm mit unermindelter Heftigkeit an. Das Gebirge ist vollkommen eingekleidet. Am Donnerstag vormittag wurden Schneehöhen von 60 bis 70 Zentimeter gemessen. In verwehten Stellen beträgt die Schneehöhe sogar 1 bis 1½ Meter. Die Temperatur beträgt 4 Grad Kälte. Der Postkraftwagenverkehr ist eingestellt. Auch sonst sind mancherlei Verkehrsstörungen auch auf dem Fernspreckgebiet zu verzeichnen.

Konjum-Großschloß Berlin u. Umg., Süden-Südwest. Sonntag, 29. Nov., nachm. 4 Uhr, Schlachtere, Schlachtz. 61: Rittmeisterführung, geführtes Besammeln. Eintrittskarten 60 Pf. an der Kasse. — Vorenausstellung frei.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Kaufhaus Bern & Goldschmidt, Döngelstr. 10, wurde von dem Warenhaus-Konzern Karlich übernommen. Das Warenhaus des Konzerns, der gemeinsamen Einkauf in ganz großen Einteil, langjährige, eckelreiche Geschäftsführung und Krengele Resultate bieten die Gewähr, daß jeder Kunde zu seiner vollsten Zufriedenheit kaufen wird. Siehe Neues Jahrbuch.

Betracht kommenden Herstellungsart natürlich auch die Preise. Das richtige Volksautomobil, der Wagen des kleinen Mannes, fehlt bis auf zwei, drei Typen, immer noch. Die Firma Grada baut einen Standardtyp für 2000 M., der in der Konstruktion gut durchdacht, in der Ausführung gefällig, ein klein wenig zum Aussehen eines Rennwagens neigend, gebaut ist, was aber durch die tiefe Lage der Sitze verurteilt wird. Der Wagen läuft mit einem luftgekühlten 4/16 PS-Motor und dürfte sich besonders für Aerzte, Reisende und ähnliche Berufe eignen. Der „Kleine Hanomag“, ein Fabrikat der hannoverschen Maschinenbau-A.G., kostet etwa daselbe. Der Konstrukteur ist bei der Karosserieform völlig neue Wege gegangen. Daneben baut Opel einen kleinen Gebrauchswagen, den „Lautfrosch“, der etwas teurer, dafür allerdings auch stabiler ist. Für die Masse der Arbeiter und Angestellten, für den Beamten und den kleinen Geschäftsinhaber sind diese Wagen alle noch zu teuer. Die Unterbringung ist in der Stadt zu schwierig, die Anzählung selbst bei Teilzahlung für die Masse schwer ausbringbar. So bleiben auch die besten Absichten der Firmen zur Popularisierung des Autos in den Anfängen stecken. Der Massenautomobil fehlt, die große Serienherstellung sinkt fast wieder zum Handwerksbetrieb herab.

Die Lastkraftwagen haben die neue Halle bezogen. Hier stehen in den langen Reihen der Stände die unzähligen Lastkraftwagen, die in der Form gefälligen und blaubraunen 3- bis 5-Tonner, elegante Omnibusse stellen den ins riesenhafte vergrößerten seinen Reisewagen dar und in glänzend durchstrukturierten Chassis kann man die solide Arbeit an Rahmen, Rädern, Motoren, Getrieben, Wellen und Kardans sehen und bewundern. Offensichtlich geht das Bestreben der Fabriken dahin, Niederwagen zu bauen, um das Gefahrenmoment einer hochgelagerten Last zu vermindern. Vom Kettenantrieb scheint man ganz abgesehen zu sein, überall herrscht der Kardan vor, auch bei den schwersten Wagen. Der Clou der Abteilung dürfte ein fahrendes Schokoladengeschäft sein. Ein großes Lastkraftwagenauto läßt sich durch einfaches Hochklappen der Wände in einen sehr netten Laden verwandeln.

Die Funthalle ist mit Motorrädern besetzt. Entgegen dem Bestreben der Wagenindustrie, scheint hier die Absicht vorzuherrschen, das Motorrad dem Massenkonsum zu entfernen. Die meisten Maschinen sind richtige kleine Lokomotiven, deren Betriebs-, Unterhaltungs- und Erwerbskosten von einem kleinen Auto kaum abstecken. Gewiß sind auch Maschinen für etwa 1000 M. da, aber sie sind abseits zu schwer und vielleicht auch zu stark. Eine einzige Firma, Stod u. Co., baut Leichtmotorräder für jedermann zu erschwinglichem Preise. — Die große Anzahl der Zubehörtelfabriken kritisch zu würdigen, ist bei dem Umfang der Branchen unmöglich.

Die Ausstellung bleibt bis zum 6. Dezember geöffnet. Sie bietet ein umfassendes Bild der deutschen Automobilindustrie, die mit ihren rund 300 000 Arbeitern eine der größten ist.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitslosen im Gastwirtsgewerbe.

Entscheidung.

„Die Versammlung der arbeitslosen gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer vom 24. November wendet sich gegen die Standstillen Zustände in der Fachabteilung des öffentlichen Arbeitsnachweises, die zu einer Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeitslosen geworden sind.

Die große Zahl der Arbeitslosen wird gezwungen, sich in absolut unzureichenden Räumen, ehemaligen Pferdeställen ohne jede Ventilation und ohne Heizungsmöglichkeit, die noch dazu von Ungeziefer wimmel, aufzuhalten. Völlig unwürdig sind auch die hygienischen Einrichtungen des Arbeitsnachweises. Für über 1000 Personen, die hier täglich verkehren, besteht ein Pissoir, das für zwei Personen reicht und drei Toilets in nicht einwandfreiem Zustand. Die Räume sind für einen Arbeitsnachweis gastwirtschaftlicher Arbeitnehmer völlig unbrauchbar. Seit fast einem Jahr liegt ein Beschluß des Landesarbeitsamtes vor, andere Räume zu beschaffen, jedoch ist bis heute nichts geschehen.

Die Versammlung kann sich auch keineswegs mit der Art der Vermittlung einverstanden erklären; sie verlangt die Öffentlichkeit der Vermittlung, d. h. die Bekanntgabe der verlangten Kräfte und die öffentliche Bekanntgabe der vermittelten Stellen.

Um die außerordentlich große Notlage der arbeitslosen Gastwirtsangeestellten zu mildern, fordert die Versammlung die sofortige polizeiliche Schließung aller Wirtshausvermittlungen.

Die ohne Erlaubnis des Landesarbeitsamtes seit Monaten Arbeit vermitteln und dadurch die Allgemeinheit der Arbeitslosen schädigen.

Von den in Stellung befindlichen gastwirtschaftlichen Arbeitnehmern wird erwartet, daß die Leistung von Arbeitsstunden im Interesse der Arbeitslosen verweigert wird und daß seitens der Arbeitnehmer dafür gefordert wird, daß Arbeitslose für die Vertretungen an den Arbeitstagen bestellt werden.

Die Versammlung bezeichnet es als unerhört, wenn die Unternehmern erklären, Leute im Alter von 33 Jahren seien zu alt. Insbesondere geschieht das von der Firma W. Schinger auf Grund einer Pressenachrichtigung über die angebliche schlechte Bedienung bei Schinger.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten wird erwartet, daß er für eine Einschränkung der Beschäftigung verheirateter Frauen, deren Männer in der Arbeit stehen, eintritt.

Vom Magistrat der Stadt Berlin bzw. von der Stadtoverordnetenversammlung wird erwartet, daß sofort dafür gefordert wird, daß die städtischen Gastwirtsbetriebe (Kathäuser, Ausstellungshallen) das von ihnen benötigte Personal beim öffentlichen Arbeitsnachweis bestellen. Ferner daß Notstandsarbeiten zu tariflichen Löhnen beschafft werden.

Reichsregierung und Reichstag werden aufgefordert, für eine schnelle

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Sorge zu tragen. Ferner wird gefordert Herabsetzung der Karenzzeit, Bewilligung einer Winterbeihilfe, Fahrpreisermäßigung für Arbeitslose. Schließlich muß der Begriff „Unverschuldetes Arbeitslosigkeit“ beseitigt werden, weil er lediglich als Mittel benutzt wird, die Arbeitslosen der Militärpreiszugeben. Die Versammlung bezeichnet diesen Begriff als unsinnig, weil er in sozialer Weise der Mehrheit der Erwerbslosen die Unterstützung entzieht. Ebenso fordert die Versammlung die Beseitigung der sogenannten Pflichtarbeit, für die auch rechtlich eine Grundloze nicht vorhanden ist.

Sie ersucht Reichsregierung und Reichstag dringend, für die baldige Durchführung der Arbeitslosenversicherung

zu sorgen. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten wird beauftragt, bei den maßgebenden Stellen für die baldige Durchführung dieser Forderungen einzutreten.“

Behandlung von Saison-Erwerbslosen.

Ran schreibt uns: Der Verwaltungsausschuß des kommunalen Arbeitsnachweises für den Stadt- und Landkreis Stolp in Pommern hat in seiner Sitzung am 12. November mit Zustimmung landbäuerlicher Arbeitnehmer beschlossen:

„Die in dem Baugewerbe und verwandten Berufen tätig gewesenen Erwerbslosen erhalten

vom 12. November ab nur 80 Proz. der bisherigen Unterstützung.

Das sind 86 bzw. 57 Pfennige! Der Beschluß stützt sich auf die Verordnungen des Reichsarbeitsministers und des preussischen Wohlfahrtsministers vom 20. November 1919 resp. 10. Januar 1921. Die Bauarbeiter wurden trotzdem bisher nicht als Saisonarbeiter betrachtet und erhielten bei Erwerbslosigkeit die volle Unterstützung. Die Arbeitnehmer beschwerten sich über diesen Beschluß beim Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes in Stettin. Inzwischen erging eine Verfügung des Registrars in Stolp unter Führung des deutschen Bürgermeisters Hasenjaeger, wonach den in Baugewerbe und verwandten Berufen tätig gewesenen Erwerbslosen die Erwerbslosenunterstützung erst nach einer Wartzeit von drei Wochen in Höhe von 80 Proz. zu zahlen ist.

Es wird nachzuprüfen sein, ob diese Behandlung arbeitslos gemordener Bauarbeiter den geltenden Bestimmungen entspricht. Den sozialen Begriffen schlägt sie ins Gesicht. Der Gehentwurf über Arbeitslosenversicherung sieht eine Schlechterstellung der „berufsbildlichen“ Arbeitslosen nur insoweit vor, als sie die Aufnahme und den Eintritt einer Arbeit nicht aus dem Grunde verweigern können, weil ihnen diese Arbeit nach ihrer Vorbildung oder ihrer früheren Tätigkeit nicht zugemutet werde, „es sei denn, daß ihnen die Ausübung erhebliche Nachteile für ihr späteres Fortkommen bringen würde“.

Die betroffenen Arbeiter in Stolp haben den Verdacht geäußert, daß diese Maßnahmen auf Beirathen der Arbeitgeber gegen sie getroffen wurden, weil es den Bauarbeitern gelungen ist, sich günstigere Arbeitsbedingungen zu erringen. Infolge des Lohnkampfes fehlt es den Bauarbeitern an den sonst erfolgten Rücklagen, so daß sie durch diese Maßnahme empfindlich getroffen werden. Auch wenn man diese Auffassung nicht teilt, muß man immerhin die Möglichkeit zugeben, daß sie nicht ganz unzutreffend ist.

Kommunisten und Selbe.

Im Frühjahr d. J. kam der Vorsitzende des russischen Zentralverbandes der Angestellten des Gesundheits- und Sanitätswesens Kuf nach Deutschland und Oesterreich und knüpfte hier freundschaftliche Beziehungen mit dem „Verband deutscher Apotheker“

Reichsgruppe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten“, einer wirtschaftlichen Organisation Hirsch-Dunderscher Observanz, und mit dem „Pharmazeutischen Reichsverband für Oesterreich“, einer noch weiter rechts stehenden Verbindung, an. Auf verhandelte auch mit der „Internationalen Union angelegter Apotheker“, der beide oben genannten Verbände angehören, und schloß sich ihr im Namen seiner Organisation an. Sein Verhalten wurde von dem Vorstand seines Verbandes nachträglich gebilligt. Der Charakter der neuen Allianz war dabei dem russischen Verband wohl bekannt. (S. „Trud“ vom 30. April.)

Die sozialdemokratische Presse nahm dieses sonderbare Verhalten der Moskauer „Revolutionäre“ unter die Lupe und verglich es mit der intransigenten Haltung der russischen Gewerkschaften gegenüber der Amsterdamer Internationale: lehnen doch die russischen Gewerkschaften den Anschluß an den IGB ab, weil angeblich die Prinzipien des Klassenkampfes in der Amsterdamer Internationale nicht genügend zum Ausdruck kommen.

Darob in den Reihen der Kommunisten verlegenes Schweigen in allen Sprachen.

Mitte Oktober tagte in Wien der 1. Kongreß der Internationalen Union angelegter Apotheker. Der russische Verband, der im Frühjahr bereits schriftlich Anträge zum Kongreß gestellt hatte, hat sich der Teilnahme an dem Kongreß enthalten. Man will das Geschehene als nicht geschehen erscheinen lassen. Eine etwas verspätete Einsicht!

Letzte Einigungsverhandlungen im Bankgewerbe.

Wie uns der Allgemeine Verband der Bankangestellten mitteilt, fanden gestern die Verhandlungen über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Gehaltschiedspruches vom 3. November statt. Der Verhandlungsleiter, Ministerialrat Remes, ersuchte die Vertreter der Bankleitungen, sich darüber schlüssig zu werden, ob sie bereit seien, sich durch eine bevollmächtigte Kommission an Beratungen mit dem Ziel einer freien Verständigung der Parteien zu beteiligen. Hierbei soll gleichzeitig über eine Verlängerung des mit dem Jahresabschluss ablaufenden Reichtarifes verhandelt werden. Wenn die Bankleitungen zustimmen, sollen diese Verhandlungen in der nächsten Woche stattfinden. Im Ablehnungsfall wird der Arbeitsminister über den Verbindlichkeitsantrag entscheiden.

„Skandalöse Behandlung städtischer Angestellter.“

Zu diesem Bericht in unserem heutigen Morgenblatt erhalten wir von der betreffenden Schwester eine Richtigstellung dahin, daß sie nicht ganz ein Drittel ihrer Unfallsrente für Reise zu zahlen hatte, sondern bis 1. November 12,42 M. und seitdem — ohne Heizung — 9,87 M. Die Drohung, ihr die Wäsche zu entziehen, wurde nicht verwirklicht, doch wurde ihr die Ueberlassung reiner Wäsche verweigert. Wir erwähnen die für die Kennzeichnung des Systems der Behandlung der Angestellten im städtischen Waisenhaus belanglose Richtigstellung, damit sich die Zeitung dieser Anstalt nicht erst um die Berichtigung nebenfächlicher Punkte bemüht, um den Kernpunkt unserer Kritik zu vermissen.

Hamburg sorgt für Arbeitsgelegenheit.

Hamburg, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Hamburger Bürgerschaft wurde am Mittwoch der Durchführung umfangreicher Arbeiten zur Beschäftigung Arbeitsloser zugestimmt und der notwendige Betrag von mehreren Millionen bewilligt. Auch bei dieser Gelegenheit tobten die Kommunisten, sodaß die Sitzung einmal unterbrochen und ein kommunistischer Abgeordneter ausgeschlossen werden mußte.

Amerikanische Lohnkonflikte.

Der Streik in den Anthrazitgruben Amerikas droht sich auch auf die übrigen Kohlengruben auszudehnen. Der Bergarbeiterverband klagte die Zechenbesitzer der übrigen Kohlengruben an, daß vor mehreren Monaten abgeschlossene Lohnabkommen nicht einzubehalten und droht auch dort die Arbeit einzustellen, falls die Regierung die Zechenbesitzer nicht zur Respektierung des Abkommens zwanzen würde.

Ein größerer Konflikt droht auch in der New Yorker Bauindustrie auszubrechen. Die Bauarbeiter haben Lohnforderungen gestellt, die von den Unternehmern abgelehnt wurden. Auch hier droht ein Streik.

Responsible für Inhalt: Graf Reuter; Schriftf. Ernst Salomon; Gewerkschaftsbewegung: Felde, Salzer; Anzeigen: H. B. Böhler; Fotos und Sonstiges: Felix Rappelt; Anzeigen: H. Böhler, sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Der Verkauf beginnt Freitag vormittag 9 Uhr!

Wegen vollständigem Umbau Verkauf zu enorm herabgesetzten Preisen

Um unserer werten Kundschaft einen Beweis dafür zu geben, wie kolossal wir die Preise heruntergezeichnet haben, geben wir Ihnen untenstehend nur einige kleine Beispiele!

Es bietet sich Ihnen eine nie wiederkehrende Einkaufs-Gelegenheit!

Kleiderstoffe

Reinwollene Schotten hochpart. Muster	2 95 M.
Halbwole	3 90 M.
Schotten Baumwolle	1 90 M.
Popeline reine Wolle, doppelt breit	2 25 M.
Kammgarn-Twill reine Wolle, 120 cm breit	4 50 M.
Cheviot reine Wolle, 120 cm breit	1 95 M.

Taschentücher

Kinder-Taschentücher	18 Pf.
Kinder-Taschentücher Platte 8 Stück	72 Pf.
Herren-Taschentücher rein Leinen Schuss, 65, 80	42 Pf.
Arabias best Pa	32 Pf.
Batist Hochsaum	35 u. 25 Pf.

Ein grosser Posten Borten und Litzen zum Ausschneiden 5 Pf.

Leinen-Baumwollwaren

Bett-Satin 80 cm, Ia	1 75 M.
Bett-Satin 120 cm, Pa	2 95 M.
Bett-Damast 80 cm, hochfals	1 45 M.
Bett-Damast mit kl. Fehlers, 120 cm, II	2 45 M.
Rohnessel 80 cm	65 Pf.
Lakenstoffe reine Leinen, 100 cm breit	3 95 M.
Lakenstoffe Halbleinen, 100 cm breit	2 70 M.
Gerstenkornhandtücher gekäumt u. gebändert, 100 cm	49 Pf.

Jeder Käufer erhält für einen berechn. Kassenzettel über Mark 5.— einen Luftballon gratis!

Kurzwaren

Maschinenobergarn 4fach, 100 Meter, Rolle	10 Pf.
Maschinenobergarn 4fach, Pa, 90 Mtr. (Ackermann) Rolle	18 Pf.
Maschinenobergarn 4fach, 1000 Meter, Rolle	57 Pf.
Maschinenobergarn 4fach, 1000 Meter (Ackermann) Rolle	95 Pf.
Twist alle modernen Farben	6 Pf.
Druckknöpfe Zerkunft... per Dutzend	6 Pf.
Nähseide beste Qualität	30 Mtr. 12 Pf.
Seiden-Ersatz (Filin)	100 Mtr. 7 Pf.
Häkel- u. Strickwolle Katool 5 gr	13 Pf.
Pa. Sportwolle moderne Farben	50 gr 70 Pf.
Strickwolle schwarz und grau	50 gr 50 Pf.
Gummiband Ia Qualität, je nach Breite 45, 50 und	20 Pf.

Handschuhe u. Strümpfe

Damen-Handschuhe Trikot, elegant und sehr warm	95 u. 75 Pf.
Herren-Handschuhe gestrickt, zum Ausziehen	95 Pf.
Damen-Strümpfe Seidenfaser	95 Pf.
Damen-Strümpfe Seidenfaser, Paar	1 65 M.
Damen-Strümpfe Kunstseide	1 75 M.
Herren-Socken Seidenfaser	65 Pf.
Herren-Socken Seidenfaser	1 35 M.
Kinder-Strümpfe je nach Größe	65, 80 55 Pf.
Herren-Oberhemden farbig	3 95 M.
Herren-Oberhemden weiß	4 25 M.
Herren-Kragen weiß oder steif, zum Ausziehen	29 Pf.
Krawatten gute Muster	48 Pf.

Seidenstoffe

Eolienne grosse Sorten, Pa.	4 95 M.
Helvetia Ia Qualität	4 25 M.
Waschseide kariert u. gestreift Mtr. 3.35	2 95 M.
Crêpe de chine bedruckt in selb. prächtiger Musterauswahl	2 95 M.

Wäsche-Stickereien

Ein grosser Posten extra billig	9 Pf.
Ein grosser Posten Ia Pa.	18 Pf.
Unterrock-Volants Batist-Stickerei	68 Pf.
Ein grosser Posten Gitter-Stickerei	1 33 M.
Seidene Bänder in all. Farben enorm billig!	

Riesen-Posten von feinstem Wäsche-Renforcé 58 Pf.

Gardinen u. Teppiche

Halbstores	4.50, 3.90	2 75 M.
Künstler-Gardinen	Stell. 5.75, 4.95, 4.50, 3.90	2 95 M.
Madras-Garnituren	4.50, 3.90	5 90 M.
Teppiche	12 x 22.50, 10 x 27.00, 8 x 19.50	19 50 M.
Läuferstoffe		1 90 M.
Bettvorlagen prachtvolle Muster		2 65 M.
Schlafdecken schwarze Qualität		1 75 M.

Mengenabgabe vorbehalten! Nur solange Vorrat reicht!

Damen-Konfektion } bis 50% ermässigt
Pelz-Waren }

Trikotagen

Baby-Röckchen farbig garniert	95 u. 88 Pf.
Kinder-Leibchen gestrickt	85 Pf.
Schlüpfer Kunst-Seide, für Damen, viele Farben	1 45 M., 1 75 M.
Herren-Futterhosen schön warm, grau oder braun	2 95 M.
Herren-Hemden mit Klapp-Brust	2 95 M.

Damen-Wäsche

Damen-Hemden etwas angestaubt	75 Pf.
Damen-Beinkleider etwas angestaubt	95 Pf.
Damen-Nachthemden etwas angestaubt	1 05 M.
Damen-Prinzeßröcke etwas angestaubt	2 65 M.
Eleg. Batistgarnitur Hemd u. Hemd, m. f. Val. od. Klappspitze	5 95 M.

Kaufhaus Heyn & Goldschmidt
Danziger Str. 98 Ecke Pappelallee, am Hochbhf. Danziger Str.

Wollmilch-Torren

Herrnstiefel echt Boxkalf, Rand weiß, sowie kräftiges Spillleder mit Blasenbeschlag	7 90
Korbstiefel u. Halbschuhe in verschiedenen guten Ausführungen u. Farben 11.50, 13.50, 14.50	9 80
Herren-Lack-Halbschuhe mit und ohne grau Nuß-Einsatz	16 80
Kinderstiefel, Knabenstiefel, Kamelhaarschuhe etc., etc., billig.	
Kamelhaarstoffschuhen Kragen- oder Haarschuhe mit dicker Pland- und Ledersohle	2 65
Kamelhaarstoffschuhen gute, besonders warme Qualitäten	3 90

Orig. Goodyaer Welt Herren-Stiefel u. Schuhe in braun und schwarz Boxkalf und boaried, teils Musterpaare, teils alle Größen mit und ohne Einsatz, regulärer Wert zum Teil bis 22 Mk.	12 50
Orig. Goodyaer Welt Damen-Spangen- und Schnürschuhe echt Chevreux und echt Boxkalf, bewährtes gutes Fabrikat moderne Formen und alle Größen	11 80

Schuh-Lokal
Münzstr. 25 // Kolbuser-Damm 13 // Frankfurter-Allee 54

Echt Boxkalf, gutes Fabrikat, 20-30 6.50, echt Chevreux alle Größen



Damen-Schnürschuhe, echt Rindox, Chevreux und Cromleder, moderne Form	5 90
Moderne Damen-Ein-Spangenschuhe, braun und schwarz, echt Louis XV. und halbholler Absatz, teils farbiger Besatz	7 90
Damen-Lack-Spangenschuhe, mod. Form u. Absatz	8 90
Hocheleg. Damen-Luxusschuhe in Lack, Brokat, Spange Zug etc., etc., mit französischem Absatz	11 90
Warme Damen-Haus-schuhe, kariertes Stoff	14 50